



# *Principality of Sealand*

---

[www.principality-of-Sealand.de](http://www.principality-of-Sealand.de)

[www.principality-of-Sealand.org](http://www.principality-of-Sealand.org)

---

This documentation is free for personal use.

Copyright © 2001, 2001 & 2002 Principality of Sealand

Contact:  
[info@principality-of-sealand.eu](mailto:info@principality-of-sealand.eu)



# PRINCIPALITY OF SEALAND

Prime Minister

REGIERUNGSBESCHLUSS 11 / 98

Betr.: bisherige Korrespondenz mit dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt sowie Durchsuchungsbeschluß des AG Potsdam vom 09.10.1998 in Zusammenarbeit mit der StA Potsdam und dem Bundesnachrichtendienst sowie Zeugenaussage der Hauptbelastungszeugin in o.g. Verfahren

In o.g. Angelegenheit ergeht folgender Beschluß / Anweisung:

Sämtliche Informationen, Materialien und Technologien verbleiben unwider-  
ruflich im Besitz der Principality of Sealand.

Hintergrund hierfür sind die nachweisbaren Versuche o.g. Institutionen sowie des Bundesnachrichtendienstes zur Eliminierung der Principality of Sealand und deren Repräsentanten und Sympatisanten.

Zum Schutz der Existenz und Souveränität der Principality of Sealand und deren Repräsentanten können alle verfügbaren Informationen, Materialien und Technologien eingesetzt werden.

Hierzu ist ~~Regierungsbefehl~~ 2-6-8 zu verfahren.



gez. Johannes F.W. Selzer

Sealand im November 1998

Verteiler: X

XX

1. Hiermit wird amtlich beglaubigt, daß die vor-/umstehende  
~~Abschrift~~/Ablichtung mit der vorgelegten Urschrift/~~Aus-~~  
~~fertigung~~/beglaubigten/~~Leitung~~ den ~~Abschrift~~/Ablichtung  
der/des

Schreibens

(genaue Bezeichnung des Gegenstandes)

übereinstimmt.  
Die Beglaubigung wird erteilt zur Vorlage bei:

(Behörde)  
erteilt.

Trebbin, den



i. V. Der Bürgermeister

# PRINCIPALITY OF SEALAND

## Prime Minister

### Transcription

Government Resolution 11/98

Re: Previous correspondence with the Chancellery of the Federal Republic of Germany and the Foreign Office as well as a search warrant issued on October 9, 1998, by the Potsdam District Court, together with the Public Prosecutor's Office Potsdam and the Federal Secret Service, also evidence given by the principal witness for the prosecution in the above process

In the above matter the following resolution is rendered:

All information, materials and technologies remain irrevocably in the possession of the Principality of Sealand.

The background for this are the verifiable attempts by the above-mentioned institutions and the BND (Federal Secret Service) to eliminate the Principality of Sealand and her representatives and sympathizers.

For the protection of the existence and sovereignty of the Principality of Sealand and her representatives all available information, materials and technologies may be deployed.

This has to be done in accordance with Code 3-6-8.

[Seal]

Johannes W. F. Seiger

Sealand, November 1998

Distributor: X

XX

(Verified by a notary public at Trebbin)



# PRINCIPALITY OF SEALAND

Prime Minister

KOPIE

14. Januar 2000

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

am 29. Dezember 1999 wurde im Rahmen einer vorgesehenen notariellen Beurkundung im Zusammenhang mit der *staatseigenen Firma Sealand Trade Corporation*, vertreten durch Johannes W. F. Seiger, diese vom Notar verweigert, weil er vom Auswärtigen Amt, wie seit Jahren üblich, eine negative Auskunft erhalten hatte. Den Behörden der Bundesrepublik Deutschland ist bekannt, daß diese Firma seit 1993 die für ihre Aktivität als ausländisches Unternehmen in der Bundesrepublik erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, ausgestattet mit Steuernummer, Umsatzsteuer ID-Nummer, Zollnummer usw. Die Aktivlegitimation dieser Firma ist hinreichend durch bundesrepublikanische ordentliche und Finanzgerichte sowie Behörden bestätigt worden.

Deshalb sehen wir uns veranlaßt, ergänzend zu unserem Brief vom 9. Dezember 1999, einige Fragen an Sie zu richten:

Vorauszuschicken ist, daß am 9. Oktober 1998 unter Federführung des damaligen Innenministers von Niedersachsen, Herrn *Glogowsky*, in Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft Potsdam sowie dem Bundesnachrichtendienst und dem Land Sachsen-Anhalt unsere verschiedenen Firmen in Trebbin/Löwendorf, Büros in Rheda-Wiedenbrück sowie Privatwohnungen in Paderborn und Lippstadt und andere durchsucht wurden, unter Einsatz einer Hundertschaft von Polizeikräften, unter dem Vorwand des Verdachtes des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz (Besitz von Atom- und chemischen Waffen / Durchsuchungsbeschluß des AG Potsdam Anlage 1).

Hintergrund dieser Aktion war, daß die SPD-Parteifreundin in Braunschweig vom Unterzeichner gebeten worden war, bei Herrn *Glogowsky* die Aushändigung an Bundesbehörden von in unserem Besitz befindlichen Materialien einzuleiten (Statement vom 21.08.94 - Anlage 2). Ohne materielle Vorbedingung! Stattdessen wurde, wie oben bereits erwähnt, die Hundertschaft eingesetzt, um sich *gewaltsam* in den Besitz dieser Materialien zu bringen und zusätzlich von Dokumenten über den Verbleib des Bernsteinzimmers, des Reichspostschatzes, deutscher Flugscheiben einschließlich Konstruktionsplänen und Goldreserven aus dem ehemaligen Dritten Reich,

c/o Diplomatische Vertretung des Fürstentums Seeland im Deutschen Reich  
Ahrensdorfer Straße 7, D-14959 Trebbin-Löwendorf



weiterer Kulturgüter (auf 15 LKW) sowie des von uns entwickelten Sealand-Generators (Gravitationsfeldenergie).

Um sich endgültig des Problems Principality of Sealand, sowie ihres Premieministers und Staatsratsvorsitzenden, Johannes W. F. Seiger, zu entledigen, war drehbuchmäßig geplant, am selben Tag um 12:30 in Trebbin / Löwendorf die Abführung des Unterzeichnenden mit übergestülpter Kapuze und an Händen und Füßen in Ketten gelegt, als Schwerverbrecher und Terrorist der Öffentlichkeit als Medienspektakel zu präsentieren und am selben Tag weltweit zu publizieren.

Diese Aussagen wurden von der bereits erwähnten Parteifreundin des Herrn Glogowsky (SPD), die auch Hauptbelastungszeugin im Verfahren war, wenige Tage später in Gegenwart von vier unabhängigen Zeugen gemacht.

Damit wäre der langgehegte Wunsch der Bundesbehörden u. a. erfüllt gewesen, das Thema Principality und Seiger endgültig zu beenden.

Glücklicherweise ist es den Bundesbehörden und dem BND auch diesmal mißlungen, ihre kriminellen und völker- und menschenrechtswidrigen Aktivitäten zu vollenden.

Das Verfahren wurde nach § 170, 2 ZPO eingestellt! (Anlage 3)

Im übrigen befinden sich die kompletten Originalakten der Staatsanwaltschaft Potsdam in unserem Besitz um einer, wie leider üblichen, Fälschinformation von Presse und Bevölkerung vorzubeugen.

Dieser Vorgang fand zu der Zeit statt, als Sie Ministerpräsident von Niedersachsen waren.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, wir erlauben uns in diesem Zusammenhang einige Fragen an Sie zu richten:

1. Waren Sie als damaliger Ministerpräsident von Niedersachsen über diese Aktionen informiert, die von Ihrem Innenminister Glogowski als Koordinator einer Achse Niedersachsen / Hannover - Sachsen-Anhalt / Magdeburg - Brandenburg / Potsdam veranlaßt worden waren?
2. Warum haben wir trotz unserer vorangehenden Bemühungen in den obengenannten Angelegenheiten von Behörden der Bundesrepublik keinerlei Unterstützung, geschweige denn eine Grabungsgenehmigung erhalten?
3. Die Regierung Ihres Vorgängers, Herrn Dr. Kohl, hat gegen die Principality of Sealand darüber hinaus Verhaltensweisen an den Tag gelegt, die von Staats- und Völkerrechtlern in Den Haag als de facto-Kriegserklärung qualifiziert worden sind (Anlage 4).  
Haben Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schröder, die Absicht, diesen Zustand aufrecht zu erhalten?
4. Ist Ihnen der Inhalt unserer Schreiben und die eventuell daraus folgenden Konsequenzen bekannt, welche wir dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Diepgen, und der Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, Frau Roth, Ende 1998 zur Kenntnis gegeben haben?

c/o Diplomatische Vertretung des Fürstentums Seeland im Deutschen Reich  
Ahrensdorfer Straße 7, D-14959 Trebbin-Löwendorf

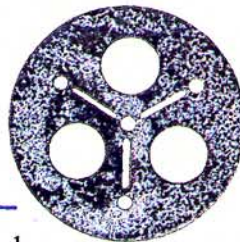
5. Um solche eventuellen Konsequenzen zu vermeiden, hat Ende 1998 die Kommissarische Regierung Deutsches Reich, veranlaßt durch den *SHAEF-Gesetzgeber USA*, mit der Principality of Sealand einen Freundschafts- und Konsularvertrag geschlossen, der auch eine Nichtangriffsverpflichtung beinhaltet.  
Sind Ihnen diese Dokumente bekannt?
6. Warum werden wir auch weiterhin von Bundesbehörden an der Bergung des Bernsteinzimmers, Reichspostschatzes usw. massiv und unter Androhung von Waffengewalt behindert, obwohl wir eine Grabungsgenehmigung von der vom SHAEF-Gesetzgeber eingesetzten Kommissarischen Regierung Deutsches Reich mit *Bestätigung des SHAEF-Gesetzgebers USA* erhalten haben?

Die Beantwortung dieser Fragen erbitten wir bis zum 28. Januar 2000.  
Sollten wir bis zu diesem Tage nichts von Ihnen hören, gehen wir davon aus, daß dieser Brief Ihnen vorenthalten wurde und werden ihn dann sicherheitshalber zusätzlich per Telefax übermitteln.

Für ein eventuell persönliches Gespräch stünde Ihnen der Unterzeichner nach Terminabsprache zur Verfügung

Mit vorzüglicher Hochachtung  
PRINCIPALITY OF SEALAND

  
(Johannes W. F. Seiger)  
Premierminister und Staatsratsvorsitzender



Verteiler:     X  
                  XX

**Einschreiben - Rückschein**

Herrn Bundeskanzler Gerhard Schröder  
Bundeskanzleramt  
Mauerstraße 34 - 38  
10117 Berlin

c/o Diplomatische Vertretung des Fürstentums Seeland im Deutschen Reich  
Ahrensdorfer Straße 7, D-14959 Trebbin-Löwendorf



# Chancellor Letters



Original document & translation

Principality of Sealand  
Prime Minister

January 14, 2000

Dear Mr. Chancellor,

on December 29, 1999, in the course of a planned notarial certification in connection with the state-owned Sealand Trade Corporation, represented by Mr. Johannes W. F. Seiger, the certification was denied by the notary public, since he received, as has been standard for years, a negative answer from the Foreign Office. The authorities of the Federal Republic of Germany know that this company fulfils the necessary conditions for its activities as a foreign company in the Federal Republic, it has been granted a tax number, a sales tax ID number, a customs number etc. The active legitimisation of this company has been amply confirmed by courts of the Federal Republic and by financial courts and authorities.

Thus we are compelled, supplemental to our letter of December 9, 1999, to set some questions before you:

First we have to state that on October 9, 1998, under the control of the then Minister for the Interior of Lower Saxony, Mr. Glogowsky, in collaboration with the Prosecutor's Office Potsdam and the Federal Intelligence Service and the state Saxony-Anhalt, our several companies in Trebbin/Löwendorf, offices in Rheda-Wiedenbrück as well as private apartments in Paderborn and Lippstadt and others had been searched by hundreds of police officers, under the pretext of suspicion of contravention of the KWKG (possession of nuclear and chemical arms, search decision of the District Court Potsdam, attachment 1).

The background for this action was that the SPD party colleague in Braunschweig had been asked by the

undersigned to induce with Mr. Glogowsky the handing over of materials that are in our possession to the federal authorities (statement of August 21, 1994, attachment 2). Without any material conditions! Instead hundreds of officers were employed, as mentioned above, to get at these materials by force, and in addition at documents about the whereabouts of the Amber Room, of the Reichspostschatz, of German flying disks including construction plans, and of gold reserves of the former Third Reich, of other cultural goods (on 15 lorries) as well as the Sealand Generator developed by us (Gravity Field Energy).

To finally rid oneself of the problem Principality of Sealand, its Prime Minister and Chairman of the Privy Council, Johannes W. F. Seiger, the script foresaw that the undersigned would be led in a media spectacle from the Trebbin/Löwendorf premises on the same day at 12.30, hooded and cuffed on hands and feet, to present him to the public as a criminal and terrorist and to publish as much world-wide on the same day.

These statements were made a few days later by the already mentioned (female) party friend of Mr. Glogowsky (SPD), who was also the main witness for the prosecution in the proceedings, in the presence of four independent witnesses.

Thus a long-cherished wish of the federal authorities would have been fulfilled, to bring the subject of Principality of Sealand and Seiger finally to an end.

Luckily the federal authorities and the Federal Intelligence Service failed once more to complete their criminal activities contravening international law and human rights.

The proceedings were abandoned according to § 170, 2 ZPO! (attachment 3)

Further, the complete original files of the Prosecutor's Office Potsdam are in our possession, to prevent misinformation of the press and the public that unfortunately is the norm.

All this happened at the time when you were leader of the State Lower Saxony.

In this context, dear Mr. Chancellor, we would like to put a few questions before you:

1. Had you as then leader of the State Lower Saxony been informed about this action that had been instigated by your Minister of the Interior Mr. Glogowsky as the co-ordinator of an axis Lower Saxony/Hannover-Saxony-



## Anhalt/Magdeburg-Brandenburg-Potsdam?

2. Why did we never receive any support by the authorities of the Federal Republic, despite our previous efforts in the matters above, let alone a licence to salvage?

3. Further does the behaviour that was displayed by the government of your predecessor, Dr. Kohl, according to state and international lawyers at The Hague, qualify as de facto declaration of war (attachment 4). Do you, dear Mr. Chancellor Schröder, intend to maintain this state?

4. Are you familiar with the content of our letters and the eventual consequences therefrom, of which at the end of 1998 we had informed the Mayor of Berlin, Mr. Diepgen and the Mayor of Frankfurt/Main, Mrs. Roth?

5. To avoid such eventual consequences, the Commissary Government German Reich, prompted by the SHAEF Legislator USA, signed at the end of 1998 a Friendship and Consular Treaty with the Principality of Sealand which includes a non-aggression commitment. Are you familiar with these documents?

6. Why are we still massively hindered by the federal authorities threatening using force of arms to salvage the Amber Room, the Reichspostschatzes etc., although we have a licence to salvage from the Commissary Government German Reich installed by the SHAEF Legislator USA, confirmed by the SHAEF Legislator USA?

We ask to receive the answers to these questions by January 28, 2000. Should we not hear from you by that date, we assume that this letter was kept from you and to be sure we will forward it again by fax.

The undersigned is at your disposal for setting a date for a personal discussion.

With respects  
Principality of Sealand  
Johannes F. W. Seiger  
Prime Minister and Chairman of the Privy Council



Copies to:

X

XX

---

Registered Recorded Delivery Slip  
The Chancellor  
Mr. Gerhard Schröder  
Federal Chancellery  
Mauerstraße 34-38  
10117 Berlin

---

Principality of Sealand - The Prime Minister  
c/o Diplomatische Vertretung des Fürstentums Sealand im  
Deutschen Reich  
Ahrensdorfer Straße 7. D-14959 Trebbin-Löwendorf



Original document & translation

---

[back to the top ▲](#)

[◀ BACK](#) |

| [Start> Archive> Chancellor Letters](#) |

| [TOUR ▶](#)



# PRINCIPALITY OF SEALAND

Prime Minister

21. März 2000

KOPIE

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

ich bestätige Ihre Reaktion auf meine Schreiben vom 9. Dezember 1999 und vom 14. Januar 2000, die prompt innerhalb von wenigen Tagen nach meinem zweiten Schreiben in Form einer polizeilichen Durchsuchung erfolgte. Wieder diente Ihre bekannte Parteifreundin aus dem Umfeld von Herrn Glogowsky als Auslöser.

Als Schuldvorwurf und Vorwand diente die Behauptung, ich habe mich der Bedrohung unter Anmaßung des Amtes des *Generalbevollmächtigten für den Verfassungsrechtlich Besonderen Status von Berlin*, bzw. des *Generalbevollmächtigten für das Deutsche Reich* schuldig gemacht: ich selbst hätte unter Mißbrauch dieser Amtsbezeichnungen Schreiben mit bedrohlichem Inhalt geschrieben. Tatsächlich wurden solche vom Generalbevollmächtigten für den Verfassungsrechtlich Besonderen Status von Berlin verfaßten Schreiben von uns den Adressaten zugestellt. Anlaß für solche Schreiben waren Rechtsverletzungen durch Beamte und Juristen der BRD gegenüber unseren Rechten aus Verträgen zwischen der *Principality of Sealand* und der *Kommissarischen Regierung Deutsches Reich*, welche durch den *SHAEF-Gesetzgeber USA* bestätigt sind. Solche die Principality of Sealand betreffenden Schreiben wurden deshalb von uns selbst und meist mit einer entsprechenden Empfehlung den Empfängern zugestellt, weil wir zur Überprüfung der Rechtslage Anzeigen der Betroffenen gegen den Verfasser, den *Generalbevollmächtigten*, bei den Staatsanwaltschaften der BRD herbeiführen wollten. Bezeichnenderweise hat es seit Jahren keine Maßnahmen bundesrepublikanischer Staatsanwaltschaften gegen den vom SHAEF-Gesetzgeber USA eingesetzten Generalbevollmächtigten gegeben, obgleich die Adresse seines Amtssitzes auf allen seinen Schreiben angegeben ist.

In bester „rechtsstaatlicher“ Manier, wurde stattdessen kurzerhand behauptet, ich hätte diese Schreiben verfaßt, und unter diesem Vorwand die genannte polizeiliche Durchsuchung durchgeführt. Zumindest hätte man erwarten können, daß gleichzeitig eine Durchsuchung an dem Ort stattgefunden hätte, der auf den Schreiben eindeutig als Absender angegeben ist: der Amtssitz des Generalbevollmächtigten.

Obwohl die Leiter der Polizeiaktion, KHK Finck und KK Reinhard, während der Durchsuchung telefonisch von Herrn Samter, dem Stellvertreter des Generalbevollmächtigten, informiert worden waren, daß dessen Amt tatsächlich der Verfasser der Schreiben sei, und obwohl keinerlei belastendes Material in unseren Räumen gefunden worden war, wurde unsere Computeranlage beschlagnahmt, sowie diverse Akten und über 300 Blatt Tageskopien. Dadurch ist die Arbeitsfähigkeit unseres Büros und der mit Sealand verbundenen Firmen erheblich behindert.

Während der Durchsuchung wurde unter Verletzung der Wiener Abkommen die Durchsuchung



K O P I E

wegen „Bedrohung“ und „Gefahr im Verzug“ auf das Büro des Leiters unserer Diplomatischen Vertretung beim Deutschen Reich, Herrn Minister Sauerbrey, ausgedehnt

Aufgrund dieser und früherer Vorgänge hat der Unterzeichner, bestätigt durch die Unterschrift des Ihnen durch eine Besprechung persönlich bekannten Syndikus des Principality of Sealand, Herrn Dr. Oomen, Den Haag, den beigefügten Beschluß 2/3/00 erlassen.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, falls Sie **nicht bis zum 31. März 2000 den folgenden Feststellungen widersprechen**, gehe ich von deren rechtlichem Bestand aus:

1. **Primär geltendes Recht in Deutschland ist die SHAEF-Gesetzgebung des SHAEF-Gesetzgebers USA sowie das fortgeltende Besatzungsrecht, so wie es auch im Bundesgesetzblatt 1990 II Seite 1274 und anderen Dokumentationen der BRD selbst bestätigt ist.**
2. **Vom Generalbevollmächtigten (des SHAEF-Gesetzgebers) für das Deutsche Reich abgegebene Erklärungen und geschlossene Verträge, insbesondere wenn sie vom SHAEF-Gesetzgeber USA bestätigt sind, haben Bestandskraft, sowohl gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, als auch völkerrechtlich im allgemeinen.**

Wenn Sie diesen Feststellungen nicht widersprechen, bitte ich Sie als Konsequenz, die Behörden der Bundesrepublik Deutschland anzuweisen, den Status der Principality of Sealand zukünftig zu respektieren.

Mit vorzüglicher Hochachtung



(Johannes W. Ma Seiger)



Anlagen:

Durchsuchungsbeschluß und  
Durchsuchungsprotokoll vom 07.02.00  
Beschwerde beim AG Luckenwalde  
Aktennotiz Sby vom 08.02.00  
Regierungsbeschluß 2/3/00

**Einschreiben – Rückschein**

Herrn  
Bundeskanzler Gerhard Schröder  
Mauerstraße 34 – 38  
10117 Berlin

Principality of Sealand  
Prime Minister

March 21, 2000

Dear Mr. Chancellor,

I confirm your reaction to my letters of December 9, 1999 and January 14, 2000, which happened promptly a few days after my second letter in the form of a police search. Again the well-known party friend from the circles around Mr. Glogowsky served as actuator.

The claim that I was guilty of threat by abusing the office of Plenipotentiary for the Constitutionally Special Status Berlin, respectively Plenipotentiary for the German Reich served as accusation and pretext: that I myself had written threatening letters abusing these titles. Actually were such letters written by the Plenipotentiary for the Constitutionally Special Status Berlin forwarded by us to the addressees. Such letters were caused by infringements by officials and lawyers of the FRG of our rights stemming from contracts between the Principality of Sealand and the Commissary Government German Reich, which are endorsed by the SHAEF Legislator USA. Such letters concerning the Principality of Sealand were forwarded by us to the addressees, mostly with a corresponding commendation, because in order to check the legal situation we wanted to bring about charges by those concerned against the author, the Plenipotentiary, at the competent prosecutor's offices of the FRG. Characteristically, for years no actions were ever taken by federal prosecutors against the Plenipotentiary installed by the SHAEF Legislator USA, although the address of his official residence is given on all his letters.

In best "constitutional" manner it was claimed that I had written those letters, and under this pretext the police searches named above were conducted. One could at least have expected that at the same time a search of the premises unequivocally marked on the letters as sender: the official residence of the Plenipotentiary.

Although the heads of the police action, KHK Finck and KK Reinhard, were informed by phone during the search by Mr. Samter, the deputy of the Plenipotentiary, that the said letters were really authored by his office, and despite the fact that no incriminatory material was found on the premises, our computer was confiscated along with diverse documents and more than 300 sheets of daily copies. Thus the work efficiency at our office and that the companies linked with Sealand has been seriously hampered.

During the search, in contravention of the Vienna Treaty, the search was extended to the office of the Head of our Diplomatic Mission in the German Reich, Minister Sauerbrey, by citing "threats" and "imminent danger".

Based upon this and earlier procedures the undersigned, confirmed by the signature of the Syndic of the Principality of Sealand, Dr. Oomen of The Hague, whom you know personally from a conference, has issued the attached decision 2/3/00.

Dear Mr. Chancellor, should you not contradict the following statements by March 31, 2000, I assume their legality:

1. The law primarily valid in Germany is the SHAEF Legislation of the SHAEF Legislator USA and the still valid occupation law, as it is confirmed in the Federal Law Gazette 1990 II, page 1274, and in other documentation of the FRG.

Declarations made and treaties signed by the Plenipotentiary (of the SHAEF Legislator) for the German Reich, especially when endorsed by the SHAEF Legislator USA, are valid in respect to the Federal Republic Germany as well as in international law in general.

If you do not contradict these statements, I ask you consequently to instruct the authorities of the Federal Republic of Germany, in future to respect the status of the Principality of Sealand.

With respects  
Principality of Sealand

Johannes F. W. Seiger  
Prime Minister and Chairman of the Privy Council

Enclosed:  
Search Decision and Search Protocol of February 7, 2000  
Complaint to the District Court Luckenwalde  
Memo Sby of February 8, 2000  
Government Decision 2/3/00

Registered – Recorded Delivery Slip  
The Chancellor  
Mr. Gerhard Schröder  
Federal Chancellery  
Mauerstraße 34-38  
10117 Berlin